

Die Drucksache 1075/2008/DS und der Antrag 0198/2008/An – s. TOP 7.2 - werden zusammen erörtert.

Herr Erster Stadtrat Humpe-Waßmuth führt kurz ins Thema ein. Die Leistungen der Kirchen bzw. der Freien Träger erkenne die Verwaltung an; alle KiTa-Träger agierten am Rande des Machbaren. Die Kirchen würden erhebliche Beträge einbringen; die übrigen Freien Träger erhielten eine Restkostenfinanzierung unter Berücksichtigung eines Eigenanteils. Eine positive Entwicklung ergebe sich durch die Finanzierung des Landes bei den Betriebskosten für U3-Plätze. Die Verwaltung werde zu gegebener Zeit über die genaue gesetzliche Ausgestaltung hierzu weiter berichten.

Bgschm. Probst Block erläutert, dass die finanzielle Situation der Kirchen immer enger werde. Insofern sei eine bessere finanzielle Ausstattung spätestens ab dem Doppelhaushalt 2015/16 geboten; die Kirchen hätten sich in Anbetracht der schlechten finanziellen Lage der Stadt Neumünster für die Jahre 2013/14 kompromissbereit gezeigt und akzeptierten, dass es in diesen zwei Jahren keine Erhöhung der finanziellen Mittel geben werde.

Fragen der Ausschussmitglieder werden in der anschließenden Diskussion beantwortet.

Aus Sicht von Bgschm. Frau Scholz sei der z. B. für den DKSB vorgesehene Eigenanteil in Höhe von 5.000 € zu hinterfragen.

Lt. Herrn Asmussen bestehe eine gesetzliche Eigenanteilverpflichtung.

Ratsfrau Schwede-Oldehus weist auf den Hintergrund der Haushaltskonsolidierung hin.

Herr Erster Stadtrat Humpe-Waßmuth verweist auf die mit den Wohlfahrtsverbänden geführten Gespräche und deren erteilte Zustimmung.

Lt. Bgschm. Frau Scholz gebe es aus Sicht der kleineren Träger noch offene Fragen.

Herr Erster Stadtrat Humpe-Waßmuth macht geltend, dass die Umgestaltung der KiTa-Finanzierung bis zum 30.06.2013 abgeschlossen sein müsse, da ansonsten langjährigen MitarbeiterInnen wegen der sechsmonatigen Kündigungsfrist vorsorglich gekündigt werden müsse, was zu einer grundsätzlich nicht erwünschten sozialen Verunsicherung führen würde.

Bgschm. Herr Zastrow weist darauf hin, dass der Antrag 0198/2008/An eine automatische Erhöhung, die in zwei Jahren wirksam werde, beinhalte.

Bgschm. Frau Scholz stellt den Ergänzungsantrag, dass auf den Eigenanteil in Höhe von 5.000 € bei den betroffenen Trägern verzichtet werden solle.

Vor den folgenden Abstimmungen verlassen die Bgschm. Probst Block und Frau Lutz den Raum.

Die stellv. Ausschussvorsitzende lässt zunächst über den og. von Bgschm. Frau Scholz eingebrachten Ergänzungsantrag abstimmen:

- 1 Ja-Stimme
- 7 Nein-Stimmen
- 4 Enthaltungen

Beschluss:

Der Antrag wird mit 7 Nein-Stimmen, 1 Ja-Stimme und 4 Enthaltungen abgelehnt.

Die Abstimmung über die Drucksache 1075/2008/DS in Verbindung mit dem Antrag 0198/2008/An ergibt folgendes Abstimmungsergebnis:

7	Ja-Stimmen
4	Nein-Stimmen
1	Enthaltung

Beschluss:

Der Antrag wird mit 7 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung angenommen.

Endg. entsch. Stelle:

Ratsversammlung